

Aktenzeichen:	
federführendes Amt:	LINKE Kreistagsfraktion
Antragsteller:	

Beratungsfolge	Termin	Bemerkungen
Personalausschuss	19.02.2015	

Anonymisiertes Bewerbungsverfahren  
 - Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE vom 18.01.15 -

Die Fraktion beantragt:

Die Kreisverwaltung wird bei allen zukünftigen Einstellungen das anonymisierte, d.h. ein das Geschlecht, das Alter, den Familienstand, die Nationalität und die Herkunft (Geburtsort) und die Religion nicht erkennen lassendes Bewerbungsverfahren anwenden.

Dieses Verfahren wird auch bei der Einstellung von Auszubildenden angewandt.

Sachdarstellung:

Sehr geehrter Herr Zylajew,

wir bitten Sie, den Tagesordnungspunkt

Anonymisiertes Bewerbungsverfahren

auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Personalausschusses am 19. Februar 2015 zu setzen.

DIE LINKE. im Kreistag Rhein-Erft stellt hierzu folgenden Antrag: (siehe oben)

Begründung:

Im September 2014 wurde das Kreisintegrationskonzept verabschiedet. Ein Schwerpunkt des Konzeptes ist die interkulturelle Öffnung der Verwaltung. DIE LINKE im Kreistag begrüßt diese Zielsetzung und möchte sie mit diesem Antrag unterstützen.

Das anonymisierte Bewerbungsverfahren ist ein wichtiges und effektives Mittel, um interkulturelle Öffnung im Berufsleben zu erreichen. Zugleich bietet es Möglichkeiten, bewussten oder unbewussten Benachteiligungen bestimmter Personengruppen bei Bewerbungen entgegenzuwirken.

Oft werden Menschen mit Migrationshintergrund, ältere Arbeitssuchende und Frauen mit Kindern im Bewerbungsverfahren benachteiligt. Ihre Chancen, zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen

zu werden, sind deutlich schlechter. Das belegen auch zahlreiche Studien der Antidiskriminierungsstelle des Bundes.

Zum Beispiel: Die Universität Konstanz hat im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes für eine Studie über 1.000 Bewerbungen auf Praktikumsstellen für Wirtschaftsstudierende verschickt. Dazu verwendeten sie inhaltlich gleichwertige Bewerbungsunterlagen, denen per Zufall ein Name eindeutig türkischer oder deutscher Herkunft zugeordnet wurde. Die erfundenen BewerberInnen hatten nicht nur vergleichbare Qualifikationen und Fähigkeiten, sie waren auch ausnahmslos deutsche StaatsbürgerInnen und hatten als Muttersprache deutsch angegeben. Das Ergebnis: BewerberInnen mit türkischen Namen erhielten 14% weniger positive Antworten, in kleineren Unternehmen waren es sogar 24% weniger. Für diese Menschen bedeutet das, man gibt ihnen nicht einmal die Chance, Vorurteile in Vorstellungsgesprächen oder in der Probezeit zu widerlegen.

Diese Form von Diskriminierung muss aufhören. Dafür ist ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren ein geeignetes und notwendiges Instrument. Es unterbindet in der ersten Runde eines Bewerbungsverfahrens unbewusste Entscheidungen der Personalabteilung.

Ein weiteres von der Antidiskriminierungsstelle angestoßenes Pilotprojekt, an dem unter anderem die Deutsche Post, die Deutsche Telekom, L'Oréal, Mydays, Procter & Gamble, das Bundesfamilienministerium, die Bundesagentur für Arbeit in Nordrhein-Westfalen und die Stadtverwaltung von Celle teilgenommen haben, hat gezeigt: Mit einem anonymisierten Bewerbungsverfahren haben alle Bewerberinnen und Bewerber die gleiche Chance, zu einem Vorstellungsgespräch oder Eignungstest eingeladen zu werden. Die Anonymisierung hilft also nachweislich dabei, Diskriminierung abzubauen.

Die Ergebnisse in Celle waren so ermutigend, dass der Oberbürgermeister Dirk-Ulrich erklärt hat:

*„Das anonyme Bewerbungsverfahren sorgt für deutlich mehr Transparenz, Objektivität und Chancengleichheit bei den Auswahlverfahren und ist ein wichtiger Baustein zu einer diskriminierungsfreien Arbeitswelt. Wir werden das Verfahren fortsetzen, weiterentwickeln und andere von unserem Weg überzeugen.“*

Daher beantragt DIE LINKE. die Einführung des anonymisierten Bewerbungsverfahrens bei Einstellungen im öffentlichen Dienst des Rhein-Erft-Kreises.

Mit freundlichen Grüßen

Gez. Hans Decruppe

(Fraktionsvorsitzender)

gez. Henriette Kökmen

(Sachkundige Bürgerin)